



29. Mai 2002

Presseinformation

Lothar Hay und Karl-Martin Hentschel:

Neuverteilung von Steuern zugunsten der Länder muss kommen

Zu den heute vorgestellten Haushalts-Eckwerten 2003 erklären der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay, und der Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Karl-Martin Hentschel:

Die Regierungsfractionen unterstützen die Landesregierung bei ihren beabsichtigten Kürzungen. Ein großer Teil der Einsparziele wurde in der Kabinettsklausur erarbeitet, und wir sind zuversichtlich, dass die Regierung einen verfassungsgemäßen Haushaltsentwurf vorlegen wird. Das wird jedoch nicht ohne schmerzhaft Eingriffe möglich sein, denn wir werden in erster Linie Ausgaben kürzen müssen. Eine Reduzierung der Förderquoten in jedem Programm ist eine der Konsequenzen. Zur soliden Finanzierung von Deckungslücken dürfen auf der anderen Seite jedoch nur Einnahmen herangezogen werden, die im Jahr 2003 auch tatsächlich realisierbar sind.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der PISA-Studie bleibt Bildung, und insbesondere Schulen und Kindertagesstätten, nach wie vor unser Schwerpunkt – trotz aller finanziellen Nöte. Das Versprechen, bis 2005 jedes Jahr 200 neue Lehrerplanstellen zu schaffen, werden wir einhalten. Das heißt jedoch nicht, dass es nicht an anderer Stelle zu Einschnitten kommen kann.

Unser Augenmerk gilt zudem weiterhin den Schwerpunkten Arbeit und Innere Sicherheit. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Umweltpolitik im Sinne der Nachhaltigkeit ein Schwerpunkt bleibt.

Das Ziel, bis 2008 die Nettoneuverschuldung auf Null zu bringen, ist durch die jetzigen Prognosen der Konjunkturentwicklung und der zu erwartenden Steuereinnahmen nicht realisierbar. Die jetzt erreichten Steuerausfälle sind

Verantwortlich:

Petra Bräutigam
Pressesprecherin der
SPD-Landtagsfraktion
Tel.: 0431/988-1305
Fax: 0431/988-1308

Claudia Jacob
Pressesprecherin der Fraktion von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Tel.: 0431/988-1503
Fax: 0431/988-1501

nicht mehr von den Ländern zu verantworten. Wir fordern deshalb von der Bundesregierung, die Neuverteilung der Mehrwert- und Einkommensteuer zugunsten der Länder und Kommunen in Angriff zu nehmen. Zudem sprechen wir uns für eine Anhebung der Erbschaftsteuer auf große Erbschaften und eine private Vermögensteuer aus.